

Saale-Zeitung.

Bezugspreis
 Der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
 monatlicher Bezahlung 2,75 M., durch
 die Post 3,25 M., einschließlich Postgebühren.
 Bestellungen werden von allen
 Reichspostämtern angenommen.
 Bei auswärtigen Zeitungs-Beziehern
 unter Nr. 6816 eingetragen.
 Für die Redaktion verantwortlich:
 Max Schorre in Halle.
 Erscheint von 10^h bis 12^h, Uhr.
 (Zustellpreis: Redaktion Nr. 2032. — Expedition Nr. 174.)

Anzeigen
 werden die Expeditionen oder beim
 Stamm mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
 20 Pfg. berechnet und in der Expedition,
 von untern Annoncenstellen und allen
 Annoncen-Expeditionen angenommen.
 Bestellen die Seite 74 Nr.
 Erscheint wöchentlich postfrei;
 Sonntags und Montags einzeln,
 sonst zweimal täglich.
 (Der Abdruck unserer Original-Artikel
 ist nicht gestattet.)

Nr. 480.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 13. Oktober

1903.

Wahlbündnisse mit der Sozialdemokratie.

Dr. Theodor Barth hat auch auf dem vorgestern in Berlin abgehaltenen „Parteitag“ der Freisinnigen Vereinigung wieder den Gedanken einer Koalition mit der Sozialdemokratie für die bevorstehenden Landtagswahlen mit Feuer-eifer vertreten. Es ist ihm also noch immer nicht zum Bewußtsein gekommen, wie sehr der Liberalismus mit einem derartigen Entschluß sein Fundament im Bürgertum selbst untergraben würde, und ebensowenig scheint er sich darüber klar geworden zu sein, ob denn der Einfluß, den ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten auf den Ausfall der Wahlen ausüben könnte, in Wirklichkeit derart groß ist, daß er die Preisgabe der bürgerlichen Selbstachtung, die durch eine solche Koalition vollzogen würde, aufzuwiegen imstande wäre. Darüber, daß ein Kompromiß mit den Sozialdemokraten, das sich natürlich nur auf der von diesen aufgestellten Grundlage eines Eintretens auch für einen Kandidaten dieser Richtung erreichen ließe, gleichbedeutend sein würde mit einer solchen Preisgabe, kann nach der Stellung, die die sozialistischen Führer auf dem Parteitage in Dresden der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber einnahmen, kaum noch ein Zweifel sein, und es hieße die Ignoranzmanier der Redebauer durchaus verkennen, wenn man selbst einen Augenblick nur glauben wollte, sie würden dieses Einmaligen der bürgerlichen in die sozialdemokratischen Hände bei der ersten Gelegenheit nicht weidlich auszunutzen als Beweis für den allmählichen Untergang der politischen Selbständigkeit unseres Bürger-tums.

Das sind Gedanken, die sich so gewaltig geltend machen, daß man sich in der Tat wundern muß, wie ein so intelligenter Kopf, wie der des Herrn Dr. Barth, sich ihnen dauernd verschließen kann. Zum mindesten hätte ihm und seinem nationalsozialen Anhang angeichts der Opposition, die seitens zahlreicher Delegierten aus der Provinz laut wurde, die politische und tatsächliche Klugheit sagen müssen, daß, wo soviel Abneigung sich zeigt, es richtiger wäre, derartige Ideen fallen zu lassen und für die Wahlen schleunigst Ausschritt zu tun, wobei dann, wo unter der gegenwärtigen Konstellation der einzig richtige Weg ist: bei den vereinigten liberalen Parteien. Dann wäre auch der Spalt vermieden worden, der mit der in Berlin beschlossenen Resolution, soweit sie Bezug auf die Landtagswahlen hat, unmissverständlich in die Reihen der freisinnigen Vereinigung getragen ist. Bringt sie den bürgerlichen Standpunkt auch nicht voll zum Ausdruck, so empfiehlt sie doch überall da, wo ein Wahlgeiz nicht aus eigener Kraft zu erlangen ist, eine Verständigung mit der Sozialdemokratie, und das genügt schon, die Wählersehnsucht mit Mißtrauen gegen diese Art von Liberalismus zu erfüllen. Das haben auch die Delegierten aus solchen Wahlkreisen, für die dieser Passus der Resolution eventuell praktische Bedeutung haben konnte, offen zum Ausdruck gebracht, und vor allem der Danziger Oberbürgermeister Ehlers, der bisherige Vertreter Danzigs im Landtag, über seine Kritik an dem Vorgehen Barths, indem er ganz zutreffend erklärte: „Wir schweigen uns mit der andringlichen Resolution den Sozialdemokraten direkt an den Hals, und dabei wollen die Sozialdemokraten uns gar nicht.“ Auch der Ag. Broemel urteilte so und mit ihm zahlreiche andere angesehene Männer, die vor Herrn Barth und seinem Berliner Anhang das eine wesentlichste voraus haben, daß sie die Stimmung in der Provinz besser kennen als die Barth und Genossen, deren politische Tätigkeit in der Reichshauptstadt sich unter kaum anderen Verhältnissen und Voraussetzungen abspielt, als sie in der Provinz gegeben sind. Die vielfach ausgeprochene Befürchtung, daß die Annahme der Resolution trotz ihrer gegenüber dem bürgerlichen Standpunkte verwässerten Inhalts die tiefe Kluft, die sich in der freisinnigen Vereinigung aufgetan hat, noch erweitern wird, erscheint uns nur zu gerechtfertigt. Maßgebend wird und kann für die Wähler doch immer nur das eine bleiben: Ist es den Sozialdemokraten in Wirklichkeit darum zu tun, durch ihre Beteiligung an den Landtagswahlen die reaktionäre Mehrheit zu schwächen, dann müssen sie den bürgerlichen Liberalismus überall da, wo er die meisten Aussichten gegenüber der Sozialdemokratie hat — und das ist in allen Wahlkreisen der Fall — unterstützen, ohne Bedingungen zu stellen, wie sie seitens der sozialdemokratischen Partei gestellt worden sind, denn diesen ist es nicht, wie es geheißen wird, sondern der Reaktion, dem Liberalismus in den Händen sollen und folgerichtig der Reaktion, statt sie zurückzuführen, den Sieg erleichtern. Tut sie das nicht, dann bewirkt die Sozialdemokratie nur, daß sie um parteipolitischen Selbstzwecke willen an den Wahlen sich beteiligt, und dann werft sie die Wähler, wäre für den bürgerlichen Liberalismus politische Selbstmord. Das kann gar nicht stark genug und oft genug betont werden. Nicht dadurch öffnet man einer freisinnigeren Gestaltung der Gesetzgebung den Bahn, daß man liberale Abgeordnete durch sozialistische ersetzt, sondern nur die Verringerung der konservativen liberalen und freisinnigen diesmal mit einer Einigkeit und Entschiedenheit zutreiben, die mit großer Genugtuung erfüllt und das beste für den Ausgang der Wahlen hoffen läßt. Die Sozialdemokratie überdrückt sich unseres Grachtens und selbst, wenn sie glaubt, auf Grund der bei den Reichstagswahlen erreichten Stimmenzahl ihre

Bedingung stellen zu können. Der entscheidende Faktor bei den Landtagswahlen ist zunächst immer noch die Öffentlichkeit der Stimmabgabe und an dieser dürften, zumal in den gegenwärtig politisch scharf ausgeprägten und wirtschaftlich arg darniederliegenden Zeiten die „Genossen“ doch größeren Anstoß nehmen, als die führenden Personen innerhalb der Sozialdemokratie zu glauben geneigt sind. Wilsch dürfte es ihnen sogar schwer fallen, die entsprechende Zahl von Wahlmänner-Kandidaten aufzubringen, so daß sie, gegen die von ihnen gestellten Bedingungen aufgetreten, doch außerordentlich leicht ins Gewicht fallen. Das darf aber den bürgerlichen Liberalismus nicht etwa abhalten, mit aller Kraft in die Wahlbewegung einzutreten. Die parteipolitische Situation in den einzelnen Wahlkreisen hat sich diesmal infolge des Zusammengehens der Nationalliberalen und Freisinnigen auf der einen, und der Wahlbeteiligung der Sozialdemokratie auf der anderen Seite so gestaltet, daß es unmöglich ist, den Ausfall der Wahlen mit einiger Sicherheit auch nur zu prognostizieren. Jedenfalls sind Überlegungen nach der einen oder anderen Richtung hin nicht ausgeschlossen und das allein schon legt die Pflicht auf, jetzt schon alles aufzubieten, um das Bürgertum aus seiner Lethargie aufzurütteln. Bei uns in Halle wird der Wahlkampf, wenn auch nur kurz, diesmal aber doch besonders heftig werden, da sich drei Richtungen gegenübersehen und alles aufbieten werden, den Sieg zu erringen. Die größten Chancen hat unmissverständlich die Richtung, die zu zuerst mobil macht, und das soll hiermit geschehen sein. Die vereinigten Nationalliberalen und Freisinnigen bilden in der Wahlbewegung unseres Wahlkreises die Mitte, und da die Mittelstraße zu allen Zeiten die beste gewesen ist, wird es offensichtlich gelingen, die Wähler in derart großer Zahl auf sie zu führen, daß Halle endlich die Vertretung im Landtag bekommt, die unserer Stadt ihrem ganzen Charakter und ihrer Bedeutung nach längst schon gebührt: eine Vertretung des bürgerlichen und der freisinnigen Anschauungen auf allen Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung.

Deutsches Reich.

Opposition gegen den Versicherungsvertrag.

Nachdem am 10. d. d. Entwurf über den Versicherungsvertrag sich weit verbreiteter Zustimmung erfreute, entwidelt sich neuerdings eine ziemlich lebendige Opposition; diese richtet sich aber weniger gegen die Einzelheiten des Entwurfs, sondern wendet sich vornehmlich gegen die Bestimmungen, welche die Stellung der öffentlichen Anstalten und Gesellschaften auf dem Gebiete der Feuer-, Hagel-, Dieb- und ähnlicher Versicherungen zum Gegenstande haben. Von der einen Seite wird mit großer Heftigkeit im Namen dieser Anstalten der Standpunkt vertreten, sie gebühren überhaupt nicht unter das Gesetz. Von der anderen Seite wird ebenfalls entschieden dem Entwurfs zum Vorwurf gemacht, daß er die öffentlichen Gesellschaften nur teilweise, aber nicht in allen Beziehungen den Bestimmungen der Reichsversicherung unterwerfen wolle. Bei diesem Punkte der Meinungen kommen charakteristische Gedanken, aber und Begründungen auf. So haben auf der Versammlung des Schutzbundes deutscher Feuerversicherungs-Interessenten einige Vertreter der öffentlichen Anstalten die bemerkenswerte Erklärung abgegeben, daß die Bestimmungen des Entwurfs für sie zwar annehmbar seien, und daß sie in ihren Statuten sogar weiteregehende Vorrechte zu Gunsten der Versicherer aufzustellen beabsichtigen, hingegen müßten sie es ablehnen, sich unter die Vorschriften des Reichsgesetzes selbst zu stellen. Es ist zwar nicht unbekannt, daß durch die meisten Gesellschaftsverwaltungen ein parteilich-fürsichiger Zug geht. Aber ist derjenige aber wohl noch nicht zur Erscheinung gekommen. Gegen den Inhalt der Bestimmungen hat man nichts, man will ihn sogar akzeptieren, das Reichsgesetz aber, welches diese Bestimmungen enthält, will man sich unter allen Umständen vom Leibe halten.

Weshalb den betr. Verwaltungen das Reichsgesetz so schrecklich ist, während sie seinen Inhalt billigen, darüber haben sie sich wie man nach den Berichten annehmen muß, ausgeäuert. Da an den Verhandlungen dieses Schutzbundes auch einzelne Vertreter von kleineren Bundesstaaten teilgenommen haben, so darf angenommen werden, daß auch bei manchen Regierungen eine gewisse Sympathie mit bezüglichen Bestimmungen besteht. Bei dem starken Einfluß, den die öffentlichen Versicherer ausüben, ist es nicht zu verwundern. Wir würden es aber für einigermassen unangenehm halten, wenn deutsche Einzelregierungen sich auf den hochgedachten Standpunkt der Direktoren einzelner Gesellschaften stellen wollten. Es wird sich sehr, sich beizeiten zu erinnern, daß es einen extragewaltigen Standpunkt auch nach der anderen Richtung gibt und daß auch dieser mit Lebhaftigkeit namentlich im Reichstage vertreten werden wird. Jede Überempörung der Bedingungen auf der einen Seite trägt sich durch Förderung einer ebenso überaus tief hinausgehenden Opposition nach der anderen Seite. Wie bewußt, daß im Reichstage bei diesem Widerstreit der Meinungen diejenige siegen sollte, welche einen tatsächlich nicht begründeten und berechtigten Partikularismus an der Stirn trägt. Es wird auch hier wie auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens auf eine Verständigung unter den Beteiligten gegenwärtiger Standpunkte hinauskommen müssen. Angesichts der Art der Regierungsentwürfe bis vor zweiwöchentlich fast. Das ist eine Frage, die weiterer Diskussion wert ist. Der Heißhorm aber, die entweder nichts oder alles wollen, sollte man veranlassen, sich soweit als möglich zu zügeln, denn ihre Klatscherei könnte der langjährigsten Regelung des Versicherungsvertrags nur hinderlich werden.

Der Ausfall der nächsten Landtagswahlen.
 Der Misserfolg der Sozialdemokraten bei den Landtagswahlen in Sachsen wird auch in den Parteikreisen offen eingestanden. Die „Leipz. Volksztg.“ stellt fest, daß die Sozialdemokratie überall abgefallen ist.

„Diese Partei, die bei den Reichstagswahlen von 24 Wahlkreisen 22 eroberte, konnte bei den Landtagswahlen nicht ein einziges Mandat erringen. Wenn wir bei den Reichstagswahlen einen glänzenden Erfolg erzielen konnten, so hätte man bei den Landtagswahlen in der dritten Klasse ein besseres Resultat erwarten dürfen. In den zehn künftigen Wahlkreisen, so in dem 20., der größtenteils aus 11 sozialdemokratischen Wahlkreisen besteht, waren unsere Bemühungen Wilsch ganz vergeblich; fast durchgängig verlor ich an den notwendigen Wahlmännern. Die Wahlbeteiligung in der dritten Klasse betrug in denjenigen Wahlkreisen und auch eine Anzahl einstellten konnte, nicht mehr als 50 v. H.; in den Dresdener Wahlkreisen betrug sie nicht mehr als 30 v. H. In einigen anderen Wahlkreisen lag sie aber auch auf 20 v. H.“ In Weichenburg wurden infolge der geringen Wahlbeteiligung, was heißt alles durch das Zurückbleiben der Arbeiter, in acht Wahlkreisen neben zwei sozialdemokratischen Wahlmännern auch die bürgerliche gewählt. Wilsch war die Wahlbeteiligung schwächer als 1897. In der zweiten Wahlklasse (zu der auch die Wähler mit über 2000 M. Einkommen gehören) sind die sozialdemokratischen Wahlmänner fast durchgängig unzulässig unterlegen. In den stehlschändlichen Wahlkreisen wurde, soweit bis jetzt bekannt ist, kein einziger sozialdemokratischer Wahlmann gewählt.“

Und diese vollkommene Niederlage, trotzdem in Sachsen auch bei der Landtagswahl gezielte Wahlwerbung stattfand. Jedenfalls aber dürfen sich, wie wiederholt hier nachdruck, was wir bereits im vorstehenden Leitartikel ausgeprochen, die bürgerlichen Parteien in Preußen durch den sozialdemokratischen Misserfolg in Sachsen nicht betören lassen in gründlicher Arbeit und in pflichtgemäßer Wahlbeteiligung, es könnte doch sonst die und da zu unheilbaren Enttäuschungen kommen.

Politisches.

Die ministerielle „Leipz. Bzt.“ schreibt zu der Behauptung junger liberaler Blätter, die Konterbotten wünschten aus dem Grunde den Rücktritt des jetzigen Reichstanzlers, weil sie einen „harten Mann“ möchten, der ein scharfes sozialistisches Schwert führen könnte:

„So ist es heute noch kein Witzler sich, daß er es für möglich halte, ein derartiges Schwert durchzuführen, dem würde nicht die Zentrumspartei im Wege stehen. Man glaube nicht, daß das Zentrum durch die sich erheben oder Fortdauern das gegenwärtig werden könnte, einen entscheidenden, rücksichtslosen Kampf gegen die sozialdemokratische Partei mitzuführen zu helfen. Das liegen die parteipolitischen Erwägungen nicht zu. Die Zentrumspartei beabsichtigt und verbindet auf das lebhaftestliche das Zustandekommen eines festen Kartells und hat von jeder gegen alle Abmachungen gestimmt, durch die die sozialdemokratische oder gewerkschaftliche Bewegung in ihrer Freiheit nicht beeinträchtigt werden können. Der Grund dieses Verhaltens ist sehr einfach: Würde es gelingen, die Linkspartei zu bezwingen, so würden dadurch die bürgerlichen Parteien erheblich an Mandaten gewinnen, ohne daß das Zentrum, dessen Mandate in selten Fällen nach, daran zu verdienen hätte. Daraus ergibt sich, daß die Zentrumspartei ihre ausgleichende Stellung im Reiche verlieren, die sie lediglich dem Verstande der Sozialdemokratie verdankt.“

Das Leipziger Blatt hat mit diesen Auslassungen nicht ganz unredlich. Trotzdem wird man in konservativen Kreisen nicht nachlassen mit den Versuchen, die Regierung zu Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokratie zu drängen.

Wie die „Frankf. Meist.“ erfahren, schweben gegenwärtig Unterhandlungen, nach denen der Sitz der Regierung von Wiesbaden nach Frankfurt a. M. verlegt werden soll. Die Stadt Frankfurt hat sich bereit erklärt, auf ihre Kosten ein Regierungsgebäude zu errichten und dessen Unterhaltungskosten 20 Jahre lang zu tragen. Da das Regierungsgebäude in Wiesbaden für die wachsenden Bedürfnisse zu klein ist und das Bedürfnis eines Umbaus sich sehr dringend bemerkbar macht, wird die Entscheidung in Wiesbaden. In Wiesbaden bemüht man sich, wie bekannt, auch erst, das Regierungsviertel zu schaffen. Man schlägt dort vor, die alten Gebäude, die einen Wert von 2¹/₂ Millionen repräsentieren, niederzureißen, und in der Nähe des neuen Hofbahnhofs einen Neubau zu errichten, dessen Veranschlagung nur 2 Millionen beträgt, wobei dem Staat 2¹/₂ Millionen zufließen würde. Vermutlich hängen mit dieser Verlegung auch die Gespräche von dem Rücktritt des Regierungspräsidenten von Staßfurt zusammen.

Als Antwort auf die Einführung des Polener Wisnars Denkmals haben die polnischen Sozialisten Polens einen Aufruf in polnischer Sprache veröffentlicht und ihn in der Stadt Posen und Umgebung verbreitet. Es heißt darin:

Die Aufgabe der Denkmals-Errection in Posen ist ein Spott auf die heiligsten Gefühle der polnischen Arbeiterklasse. Das Polener Denmal wird uns an unsere Pflicht bei den unaufrichtigen Kampfes gegen das System mahnen, das man bis jetzt nicht verstanden hat. Wisnars hat schon im Jahre 1848 Holz und trotz der Absolutismus bestritten, schon damals diejenigen bestränkt, die auf den Barren des überflüssigen haben „für unedel und euer Freiheit“, für die Rechte des Volkes. — Wisnars hat im Jahre 1863 als preussischer Ministerpräsident die Staatsverwaltung mit seinen geizigen, das man bis jetzt nicht verstanden hat. Wisnars hat sich gegen nur mit Blut und Eisen gelöst werden können, drei große Kriege hervorgerufen. Wisnars hat die Politik der Germanisation und des Scharfsinns betrieben. Er hat das Selbstwillkürliche eingeführt, das die notwendigen Lebensmittel verneint. Wisnars hat das bürgerliche Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie erlassen, dessen Anwendung hunderte erblicher Leiden



Rotkäppchen-Sekt

Kloes & foerster

Julius Henkenstein,
Stein H. 1.
beidseitiger Schärer-Revisor.

Stenographien, Maschinenschrift,
lebt billig! Kursfr. 25, II. 1.

Schlipse, anerkannt größte Auswahl bei
Otto Blankenstein,
Seipalgerstr. 36 (Higorr-Bräu),
Mitglied des Rabat-Bezirksvereins.

**Espen-, Pappeln-,
Weiden-, Linden- und
Kastanien-Rundholz**
kamt jederzeit
Otto Laddey, Zündwarenfabrik,
Wef. m. beid. Seite,
Gernrode a. Harz.

Der aufmerksame Beobachter

wird sehr wohl die Vorzüge unserer selbstgefertigten durchaus soliden Möbel, sowie die
entschieden billigen Preise anerkennen und offerieren wir eigene Fabrikation wie folgt:

1 Aufschliffschrank	Mf. 68
1 Aufschliffbetta	" 68
1 Stuhl	" 26
4 Stühle	" 18
1 Spiegel mit Schränkchen	" 50
1 Divan in Cestline	" 60

Mf. 290

Möbel-Fabrik mit Dampftrieb

Gebr. Kroppenstädt, Gr. Märkerstr. 4.

Friedmann & Weinstock

Leipzigerstrasse 13.

An- u. Verkauf von Wertpapieren.
Einlösung von Coupons.
Annahme von Spareinlagen.
Vermietung von Stahlkammer-
Fächern.

Zur Herbst- u. Winter-Saison

empfehle mein reichsortiertes Lager in:
Herren-, Damen- u. Kinder-Strümpfen
eigener Fabrikation aus unterfangenen bewährten Garnen hergestellt.
Herren-Socken „Anthropia“,
achtinche Bekleidung für Schwelber.
Trikotagen für Herren, Damen und Kinder
in größter Auswahl zu billigen Preisen.
Wollgarne in großer Farbauswahl, von den
billigsten bis zu den besten Qualitäten.
Strümpfe zum An- und Aufstricken werden angenommen und
prompt und sauber ausgeführt.
Bernburger- Eduard Zahden. Bernburger-
strasse 30. strasse 30.

Winterkur. Bad-Nauheim.

Thermal-, Sprudel-, Sprudelstrom- und Moorbäder im
Kontizkyast. Rheumatischen, Gicht, Herz-, Rücken-
mark-, Nervenleiden, Skrophulose und Frauenkrankh.
Die Kurgäste finden im Kontizkyast und gut eingerichteten Privat- od.
Gasthäusern Aufnahme. Anskunft: „Kontizkyast-Verwaltung“

Tapissiererie.

Seige hierdurch den Eingang sämtlicher **Herbst-Neuheiten** an
und mache sie reichlich auf mich
Zeichen-Atelier
noch besonders aufmerksam.
Salle a. E.,
Leipzigerstrasse 26. **Theod. Lühr Nachf.**

Ebenbürtig

den besten Chocoladen-Marken

Diadem-Chocolade	{ „delicat“ Tafel 30 Pfg.
	{ „superb“ „ 40 „
	{ „exquisit“ „ 50 „
Sahne-Chocolade	• Tafel 30 Pfg.
Selika-Chocolade	{ hellblau Packel 40 Pfg.
	{ grün „ 50 „
	{ braun „ 75 „

Fabrikant: Joh. Gottl. Hauswaldt, Magdeburg.



Von heute ab haben wir in Gies-
leben im „Hotel zum Anker“ eine
große Auswahl
**eleganter Reit- und
Wagenpferde,**
darunter mehrere paare Hapen
und Fische.

A. Schwabe & Söhne
aus Nordhausen.

Vor den Angehörigen verantwortlich: Ernst Wöhrle in Halle



Jetzt
Leipzigerstr. 16
Christian Voigt.

Pelzwaren.
Hüte.
Handschuhfabrik.

Tanz-Unterricht.

Der **1. Winterkursus** meines Tanzunterrichts nebst Anleitung über
Körperhaltung und Umgangsformen beginnt **am Montag den 26. Oktober**
in den **Kaisersälen**. Mit einget. wird die **Prinzen-Gavotte**.
Gefällige Anmeldungen werden in meiner Wohnung entgegengenommen.
Hermann Wipplinger, Tanzlehrer, Forsterstr. 50, 1.

Tanz-Unterricht.

Der **1. Winterkursus** meines Tanzunterrichts beginnt **Ende Oktober**
in den **„Thalia-Sälen“**, Geißstraße 42a.
Einzel-Unterricht zu jeder Zeit. Gefällige Anmeldungen erbitet
Ad. Fröbe, Büblersstraße 13, part.

Mein Tanz-Unterricht

beginnt **Montag den 19. Oktober**, abends 8 Uhr im **Saal „Wettiner
Hof“**, Mandelbaurstraße 5. Gefällige Anmeldungen erbeten. Probefrei folle
frei. Für Kontre- und Quadrille-Sektion werde die Hälfte von Honorar.
Otto Kühn, Meißelstraße 13, I.

Der **Frauenverein für Armen- und Krankenunterstützung der
Johannesgemeinde** hält am **Montag und Dienstag, 19. u. 20. Oktbr.**
von 10 bis 11 Uhr am im Saale des **Evangel. Vereinsbauhau**, Saal Kon-
vins, Kleine Marktstraße 16, feinen

Bazar

ab. Die zum Verkauf angebotenen Arbeiten sind schon am **Sonntag, 18. Oktbr.**
von 12 Uhr nachmittags an, ebenso am **Freitag** ausgestellt. Für **Ver-
käuflichen und Unterstützung** der **Bilder** ist reichlich gesorgt.
Wir bitten diesmal um so dringender unsere geübten **Winter** und alle
die ein **Beiz** für arme Kranke haben, und durch **Einkäufe** unterstützen zu
wollen, da wir **notwendig** eine **große Diskonfit** haben anstellen müssen
und deshalb **billiger** Mittel bedürfen, um unsern **Berufstätigen** und
kommen zu können.
Der **Vorstand** des **Frauenvereins für Armen- u. Krankenunterstützung der
Johannesgemeinde**:
Frau H. Bloßfeld, Frau E. Döhl, Frau H. Gaert, Frau G. Graft,
Frau C. Eulke, Frauen H. Schwarzbauer, Frau G. Stahl,
Frau J. Stabenagen, Frau G. Tischer,
Stadtamt Döhl, Harzer Tischler.

Hallescher Frauen-Verein für Frauenerwerb und Frauenbildung.

Nachricht für Frauen.
Mentgetlicher Rat in Rechtsachen wird **erzellt** jeden **Donnerstag**, nach-
mittags 10-12 Uhr. An der **Universität 6, part.** Dolefist sind **Gefontrakt-
Dorminare** zu haben. **Abteilung für Rechtsachen.**

Stellenvermittlung für Hausbeamtinnen und Arbeitsnachweis für gebildete Frauen.

Für die **Nachfrage** wird **Wische** zum **Nähen** und **Ausbleichen** erbeten;
Dauarbeiten werden **verlangt**; **gebildete Frauen** finden **Berufstätigung**.
Näheres An der **Universität 6, part.** **Montag**, **Wittwoch** von 2-7 Uhr
und **Freitag** 11-12 Uhr. **Schriftliche** **Nachfragen** sind **hier** **abzugeben**.
Abteilung für Arbeitsnachweis.

Dongemeinde.

Unsere **Stimmwahlen** finden am **Sonntag den 13. Oktober** nach dem
Sonntagsruhegesetz statt. Zu einer **Vorberedung** werden die **Mitglieder** der
Gemeinde auf
Wittwoch den 14. Oktober abends 8 Uhr
in das **Conng. Vereinsbau** (Konvins) **hiermit** **eingeladen**.
von **Holly. Paage. Gaus.**

Kirchen-Wahl.

Die **wahlberechtigten** **Mitglieder** der **St. Moritzgemeinde** werden zu einer
Vorberedung **Freitag den 16. d. Mts.**, abends 8 Uhr im **„Para-
dise“** **hiermit** **eingeladen**.
Salle a. E. den **13. Oktober 1903**.
H. Wöhrle, Dr. Weinhardt, Hul. Reubner, Alb. Rudolph.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Vertretung
Kloss & Foerster
c. Halle u. Umgebung:
Gustav Moritz senior
Weingroßhandlung
Halle S., Martinsberg 15.

C. Drebinger, Salle a. E.,
Paralle 50.
gerichtet. **vered. Export** u. **Verfeinerer**
empfiehlt **hier** **Belgium u. Starbich**
Realitäten, **Grundbesitzungen**,
Unterhaltung u. **Fachmännern**, **Wahr-**
heit **Berechnungen**, **Tagen** und **St-**
haltung von **Verfeinerern**.

Ziehung 21. und 23. Octbr.
zu **Berlin** im **Kaiserhof**.
Berliner Loose **1** **1**
d. **techn. Commission** f. **Tabak**,
11 **Loose** 10 **M.**, **Porto** u. **Lose** 20 **M.**
Pferde-Gewinne mit 70% d. **angegeb.**
Werthe **sofort** **verkauft** **werden**.

Baar-Geld.
6039 Gewinne im Gesamt-
werthe von 4
100000
110000
16000
15000
14000
23000 = 6000
52000 = 10000
61500 = 9000
21000 = 2000
6000 u. 6244000
20 Fahrräder = 4000
Lose versendet der General-Debit:
Luud. Müller & Co.

Berlin, Breitestr. 5. Tel.-Nr. 50.
Markt 22, Max Stoye, Magdeburgerstr. 68,
Richard Heine, Gr. Steinstr. 71, Oskar
Schroder, Leipzigerstr. 46, Paul Kofel,
Grosse Ulmstr. 26, C. F. G. Kitzing,
Jacob Plojer, Geiststr. 54.

Kochbücher
empfeht
Otto Hendel,
Verhandlung, Markt 24.

Exceptionales, 100 St. 10 M.
grobes **Recou**, **Indeltes**, **milch**
Franz Pennmann,
Blauen-Verband,
Gr. Ulrichstr. 9, neben Ward in Tour.

Haben Sie
schon meine **Spitzkugeln** (Honig-
kuchen mit **Chocolade** überzogen)
probiert? Ich möchte sie gern als
Kunden haben.
Carl Booch, Breitestr. 1 u. Markt
Rother Thurm 12.

KNORR'S
Suppen & Hafermehl
Knorr's Macaroni
Marke „Hahn“
Knorr's Eierfangnudeln,
Knorr's Hausmacher-Eier-
nudeln
Marke „Käthechen v. Heilbronn“
bei **Albert Grimm,**
am Steg.

Anskünfte
über **Gesellschafts-** und
Privatverhältnisse
auf das **teuer** und **ausnahms-**
besten **discrēt** und **prompt**
Beyrich & Greve,
Halle a. S., Nr. **Ulrichstr. 43. I.**
Fernspr. 2144.

Mit 2 Beilagen.